

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 2 Monate 1.40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. ausschließlich Bestelgeb.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telefon 18698.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die halbpaltene Feilzeile oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Er scheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Str. 19/21. Telefon 3721. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr. Sonn- und Feiertage ruhe.

Tageskalender.

Nach Ablauf des gegenwärtigen Militärquinquennats im Jahre 1910 sollen zwei neue Armeekorps gebildet und an Stelle des Quinquennats ein Septennat gesetzt werden.

Der Parteitag der preussischen National-Liberalen in Magdeburg lehnte die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen ab und sprach sich für ein Pluralwahlrecht aus.

Die Reichsbank setzte den Diskont auf 5 Prozent, den Lombarddiskont auf 8 1/2 Prozent herab.

Bei einem Tornado in Nordamerika sind vierzig Städte verwüstet worden und mehrere Hundert Menschen umgekommen.

Ämtliche Bewertung der Frauenerwerbsarbeit.

Leipzig, 27. April.

Die Leipziger Volkszeitung brachte vor einigen Tagen folgende Notiz aus dem Elsaß:

Der berittene Gendarmwachmeister Krieg aus Rohrbach wird mit drei Tagen gelindem Arrest bestraft, weil er einem ihm bekannten Verbot der Brigade entgegen gehandelt hat, daß seine Frau sich mit Nahrung für Angehörige von Weizel eingekesselten beschäftigt.

Für einen Aprilscherz hätte sicher mancher die Notiz gehalten, falls er sie am 1. April in der Zeitung gefunden. Sie ist jedoch keineswegs ein Scherz, sondern sie ist die amtliche Bewertung der Frauenerwerbsarbeit, die durch eine offiziöse Zuschrift an die Presse eine noch schärfere Beleuchtung erfährt. In dieser Zuschrift heißt es, daß der betreffende Gendarm im August vorigen Jahres um die Erlaubnis für seine Frau nachgesucht habe, dieselbe sei aber abgelehnt, da man ein Abhängigkeitsverhältnis befürchtete. Die Arreststrafe sei nicht wegen Verletzung der Standesehre verhängt, sondern wegen Ungehorsams gegen das ausdrücklich erfolgte Verbot. Sätze der Gendarm unter Darlegung und Begründung seiner bedrängten Lage ein Gesuch um Unterstützung eingereicht, so wäre dies befürwortend dem Ministerium weitergegeben worden.

Köflich an der ganzen Sache ist zunächst das juristische Novum, daß der Gendarm bestraft wird für eine Tat

seiner Frau, die an sich durchaus nichts Strafbares enthält. Die Kommentierung dieser Tatsache aber wirft grelle Schlaglichter auf die Hohlheit und Verlogenheit unsres heutigen Gesellschaftslebens, wo nach dem äußeren Schein abgeurteilt wird, wo auf die Repräsentation alles ankommt, aber sie zeigt uns auch den Geist der Ausschließlichkeit und Ueberhebung, wie er im Meer gezogen wird, wo der Träger von „Königs Rod“ als etwas Höheres, Besseres gilt, mit einer besonderen Standesehre ausgerüstet gegenüber dem Zivilpaar, diesen Geist, der durch die Militäranwärter nur zu oft ins Zivilleben übertragen wird. Vor allem aber verfehlt der offiziöse Kommentar dem Staat als Arbeitgeber eine schallende, moralische Ohrfeige und — last not least stellt er die Bettelei um Unterstützung höher denn ehrliche Arbeit!

Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, die durch dies Vorkommnis aufs neue illustriert wird, daß Staatsbetriebe keineswegs Musterbetriebe sind, daß vielmehr Tausende von Staats- und Gemeindebeamten, dank ihres largen Gehalts, nicht in der Lage sind, ihre Familie ernähren zu können, daß sie deshalb auf die Mitarbeit ihrer Frau und ihrer Kinder angewiesen sind. Um so mehr, da Staatsarbeiter wie Staatsbeamte in Wirklichkeit Staatsklaven sind, denen das Koalitionsrecht mangelt, also die Waffe, mit deren Hilfe sie ihr Einkommen erhöhen könnten. Tausende von Beamtenfrauen sind deshalb erwerbstätig, vor allem in den zahllosen Branchen der Heimindustrie. Sie sind die schlimmsten Schmutzkonkurrenten der Arbeiter und Arbeiterinnen, die von dem Ertrag ihrer hausindustriellen Tätigkeit existieren müssen. Die Notwendigkeit des Mitverdienens für die Beamtenfrauen ist vorhanden, der Staat selbst hat sie geschaffen, ein Teil der Existenzkosten sind zu decken durch die Mitarbeit der Frau, diese Mitarbeit soll und muß heimlich geschehen, und so sind diese Frauen mit den niedrigsten Löhnen zufrieden, ja, sie unterbieten oft noch die niedrigen Angebote der Unternehmer. Falls der Registrierungszwang für Heimarbeiter und Arbeiterinnen durchgeführt wäre, er würde ein prächtiges Bild der Frauenerwerbsarbeit in Beamtenkreisen geben. Aber diese erwerbstätigen Beamtenfrauen sind es, die meistens weder die Würde der Arbeit kennen noch anerkennen. Sie schämen sich vielmehr ihrer, betrachten sie als eine erniedrigende Tätigkeit, als einen verabscheuungswürdigen Notbehelf. Und der Staat bestärkt sie noch in dieser blöden Ansicht durch Verbote der Erwerbsarbeit für Beamtenfrauen. Da kann man sich nicht wundern, wenn diese Frauen, die die Arbeit nicht achten, auch nicht das Recht der Arbeit auf anständige und menschenwürdige

Bezahlung anerkennen, geschweige denn die Pflicht der Arbeitenden, solidarisch für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen.

Für die Proletarierinnen, die von dem Ertrag ihrer Hände Arbeit leben und dabei mit diesen Frauen konkurrieren sollen, bilden diese eine schwere Gefahr, ein Bleigewicht, das sie nicht nur hemmt in ihrem wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg, das sie vielmehr oft genug hinabschleudert in die düsteren, entsetzlichen Tiefen der Prostitution. Und will es dann die Ironie des Schicksals, so muß vielleicht derselbe Polizeibeamte, dessen heimarbeitende Frau der Proletarierin das Brot nahm und sie damit auf den Weg der Schande drängte, diese „im Namen des Gesetzes“ verhaften, wenn er sie bei einer Uebertretung der „Kontrollvorschriften“ antrifft! Welch herrliche, göttliche Weltordnung!

Unsre Staatsgewaltigen sind sich augenscheinlich gar nicht des Widerspruchs bewußt, der darin liegt, daß sie den Beamtenfrauen die Erwerbsarbeit verbieten und gleichzeitig die Frauenerwerbsarbeit fördern. Ist doch die Zahl der weiblichen Post- und Bahnbeamten, der weiblichen Lehrer usw. in steter Zunahme begriffen, weibliche Gewerbeaufsichtsbeamte und weibliche Polizeiaffistenten bürgern sich immer mehr ein, von andern weiblichen Beamten und Arbeiterinnen zu schweigen. Daß der Staat dabei ganz in kapitalistischem Sinne verfuhr und sich die Billigkeit der Frauenkraft zunutze machte, kann bei einem Staatswesen, das die bürgerliche Eigentumsordnung und die kapitalistische Produktionsweise zur Grundlage hat, nicht wunder nehmen. Durch die Anstellung von Lehrerinnen, weiblichen Polizeiaffistenten, Fabrikinspektorinnen und noch vielen andern weiblichen Arbeitern im Dienste des Staates ist zudem im Prinzip anerkannt, daß unsre Kultur eine Vereinerung und Differenzierung durch die weibliche Eigenart erfährt, daß nicht das Gleichartige, sondern gerade das Andersgeartete in der Frauenleistung das Wertvolle ist, das im Interesse der Kulturentwicklung für die Allgemeinheit nutzbar gemacht werden muß.

Freilich war es nicht der Staat, der diese Anerkennung aussprach und deshalb zur Anstellung von Frauen schritt. Vielmehr mußte er notgedrungen der ökonomischen Entwicklung und der dadurch gewandelten Ideologie folgen, und soweit z. B. die Anstellung der weiblichen Fabrikinspektoren in Frage kommt, bedeutet der Einzug der Frauenerwerbsarbeit nichts andres, als eine Kapitulation des Staates vor der erstarrenden Arbeiterbewegung. Daß aber der Staat als geschäftsführender Ausschuh der Bourgeoisie bei der Bewertung der Arbeit im allgemeinen und der Frauenarbeit im besonderen nicht weiter geht, als wozu ihn die Macht des Proletariats zwingt, dafür

Arbeiter, Parteigenossen! Rüstet zur Maiseier!

Seuilleton.

Der Eindringling.

Roman von Blasco Ibañez.

Aus dem Spanischen übersetzt von Julio Brouté.

45] (Nachdruck verboten.)

IX.

Gegen Mitte August begann eine Protestbewegung unter den Arbeitern der Bergwerke.

Die Unternehmer von Gallarta, wenn sie abends mit Doktor Aresti zusammenkamen, sprachen von Anzeichen des Aufsturus, die sich in den Ortshäusern des Minenbeckens immer mehr bemerkbar machten. In La Arboleda klagten die Arbeiter laut gegen die Kantinen und behaupteten, deren Inhaber, die Werkführer, seien die wirklichen Herren der Bergwerke, denn alle Arbeiter, die ihren Bedarf an Lebensmitteln nicht aus den Kantinen bezögen, würden entlassen. In Bucheta, wo die unruhigsten Elemente wohnten, hatte es Messerfische abgeben, weil ein Werkführer am Zahlungstage zwei seiner Leute zwingen wollte, die Rechnung in der Kantine zu begleichen. Man sprach von einer beabsichtigten großen Versammlung auf dem Hauptplatz von Gallarta, an der alle Bergleute teilnehmen sollten, um über den Streik zu beraten angesichts der Weigerung, der ihre Forderung auf wöchentliche Lohnzahlung begegnete. Vom Ploß herab, den Sonntags die Musikpelle einnahm, sollten die Freunde des Volkes reden, die vom Joche der Arbeitgeber befreiten Genossen aus Bilbao, die sich der Propa-

ganda der sozialistischen Lehren und der Organisierung der Arbeiterstreitkräfte widmeten.

Der Milord in der Abendgesellschaft der Unternehmer sprach mit Besorgnis von den halbwüchsigen Gehilfen der Knappen, — jene verteuerten Burschen, die das Messer im Hüftentuch trugen und die die Knappen aus Furcht vor ihrer Rutenrache nicht zu züchtigen wagten, flöhten ihm eine große Furcht ein. Sie waren der lärmende Vortrab aller Ausstände, die die erwachsenen Männer durch ihre Vermeffenheit anstachelten und sie weiter gehen machten, als sie sich vorgenommen hatten. Hier und da hatten sie sich unterstanden, von weitem die Gendarmen mit Steinen zu werfen, wenn diese am Vorabend von Aufrühren ihre Dreimaster sehen ließen. Jetzt sprach der Milord mit Schrecken von häufigen Entwendungen von Dynamit aus den Niederlagen der Brüche. Die Gehilfen verfahren sich wahrscheinlich mit Patronen, in Vorbereitung dessen, was kommen sollte. Es waren nette Dinge im Anzug . . .

Zu der Vermeffenheit der arbeitenden Knaben mußte man noch die geräuschvolle Mut der Weiber hinzurechnen, die damit drohten, sich massenhaft auf die Schienen der Eisenbahnen zu werfen, um den Erztransport gänzlich lahmzulegen, damit der Streik sich verallgemeinerte und bis zum Flusse erstreckte, die Schmelzen und Hochofen geschlossen würden, und der Hafen sich mit untätigen Schiffen füllte.

„Das alles sieht schöfel aus. Don Luis!“ seufzte der Bewunderer englischen Wesens. „Ich glaube, das wird der Tod der Bergwerke werden.“

Um sich einen Begriff zu machen von der kritischen Lage, brauchte man nur zu beobachten, daß die galicischen Arbeiter nach ihrer Heimat aufbrachen. Diese Leute waren fähig, für ihr persönliches Interesse sich aufzulehnen, aber kaum witterten sie kollektive Proteste, so ent-

wischten sie erschrocken nach Hause. Die Ausstände hatten für sie einen politischen Anstrich oder bedeuteten etwas Gefährliches, in das die Armen sich nicht hineinmischen durften. Wenn der Rabau losgehen sollte, machten sie sich flüchtig aus dem Staube, in der Absicht, zurückzukommen, wenn alles vorbei wäre, und alsdann die Vorteile zu benutzen, die die andern erzielt haben konnten.

„Aber zum Teufel!“ rief der Doktor aus, als er den Milord und andre Unternehmer sprechen hörte, „ist die Forderung der Arbeiter denn nicht gerecht? Weshalb wollt ihr ihnen den Lohn nicht wöchentlich auszahlen und gestatten, ihre Nahrungsmittel zu kaufen, wo es ihnen gefällt?“

Die Unternehmer schnitten saure Mienen und entschuldigten sich mit der Trägheit der Gewohnheit. Die Herren aus der Stadt, die reichen Minenbesitzer, die ausländischen Gesellschaften sollten das Beispiel geben. Sie hielten sich an das Herkommen. Uebrigens war die Furcht vor dem Ausstand nicht allzu stark. Wie lange auch die Arbeit stillstehen mochte, sie würden nicht viel verlieren; das Erz würde jedenfalls nicht aus dem Boden verschwinden, sondern ruhig liegen bleiben, bis man es wieder förderte, wenn nicht in diesem Monat, so doch im folgenden oder auch später. Sie hatten zu leben, und diejenigen, die ihren Lohn brauchten, um nicht zu verhungern, würden eher nachgeben als sie.

Der Pfarrer Don Jacundo ereiferte sich nicht als Unternehmer, sondern als Hirte der meuterischen Herde. Es gab keine Religion mehr, der Glaube war in steter Abnahme begriffen und so ging alles brunter und drüber. Die teuflische Propaganda der Bilbaoer Arbeiter war bis zu den schlichten Leuten der Bergwerke gedrungen.

„Die Leute hier beginnen bereits zu sterben, ohne mich herbeizurufen, als wären sie Hunde,“ rief er entriistet aus. „Es gibt immer weniger Begräbnisse. Sie gehen